



AKTUELLE GESETZLICHE GRUNDLAGEN ZUR BETRIEBLICHEN AUSBILDUNG JUNGER FLÜCHTLINGE

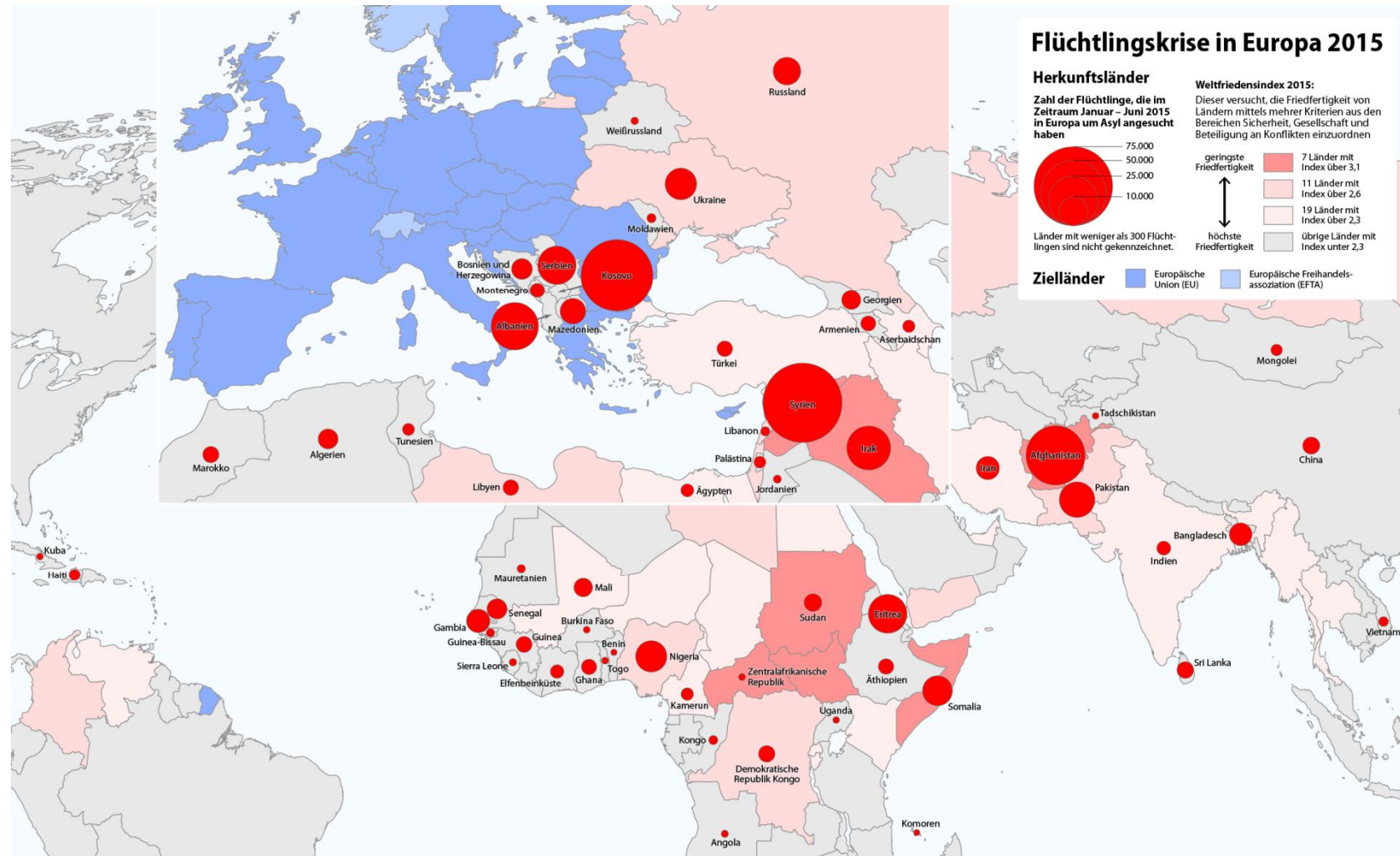
**Vortrag im Rahmen des Workshops „FiA REGIO-
Netz+ - Optimierung des Übergangs junger
Flüchtlinge in Ausbildung“ am 20. Februar 2018**

Referentin: Stefanie Simon, Sachbearbeiterin im Bereich Asyl- und
Ausländerrecht beim Landratsamt Main-Spessart

Agenda

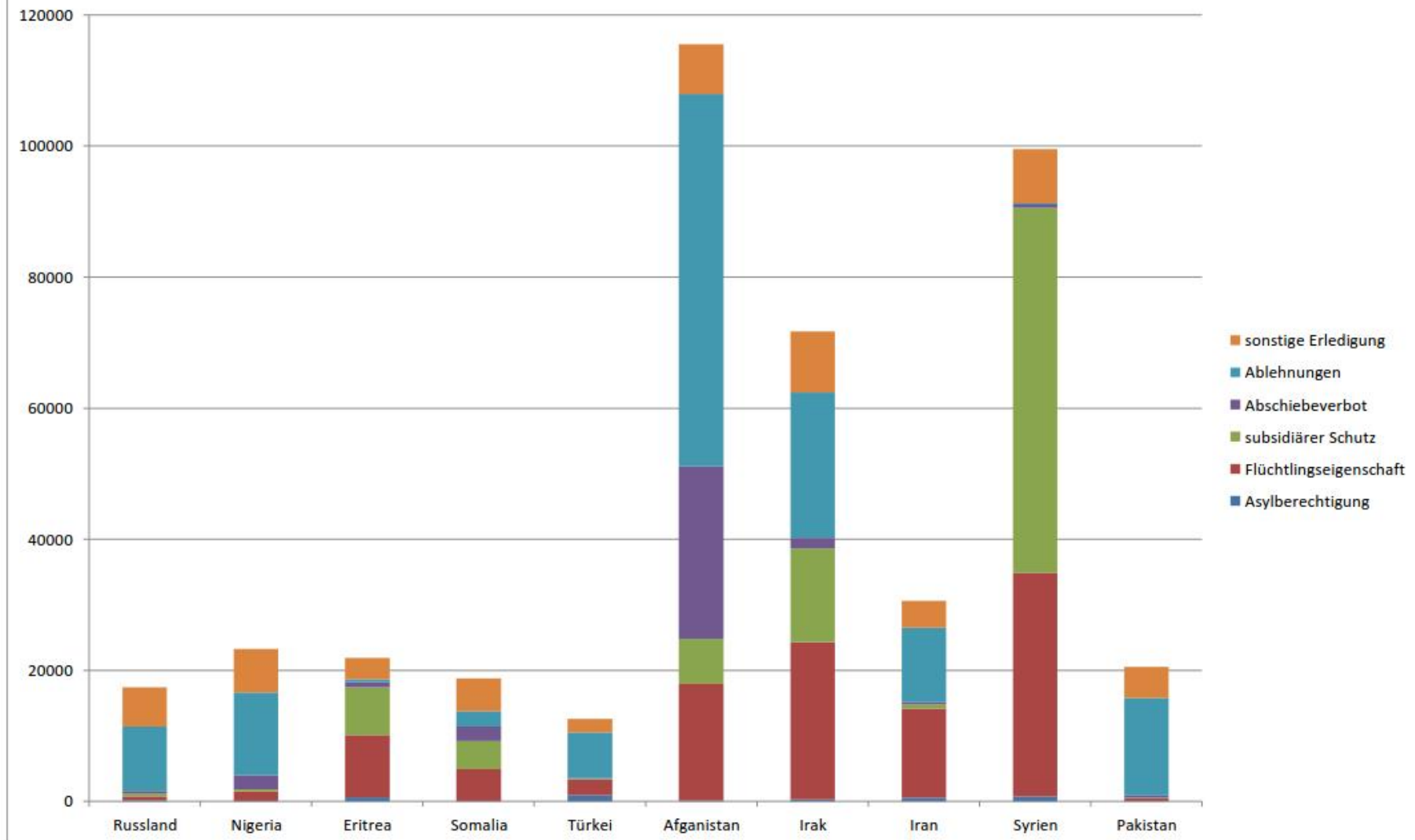
- n Zahlen & Fakten (insb. Schutzquoten ausgewählter Herkunftsländer)
- n Überblick über verschiedene Aufenthaltsstatus
- n Rechtliche Grundlagen für die Aufnahme einer Beschäftigung oder Berufsausbildung nach Aufenthaltsstatus
- n Bleiberecht während und nach der Ausbildung
- n Zuständigkeiten / Beteiligte bei der Aufnahme einer (betrieblichen) Berufsausbildung
- n Fragen / Diskussionsrunde

Schutzquoten ausgewählter Herkunftsländer

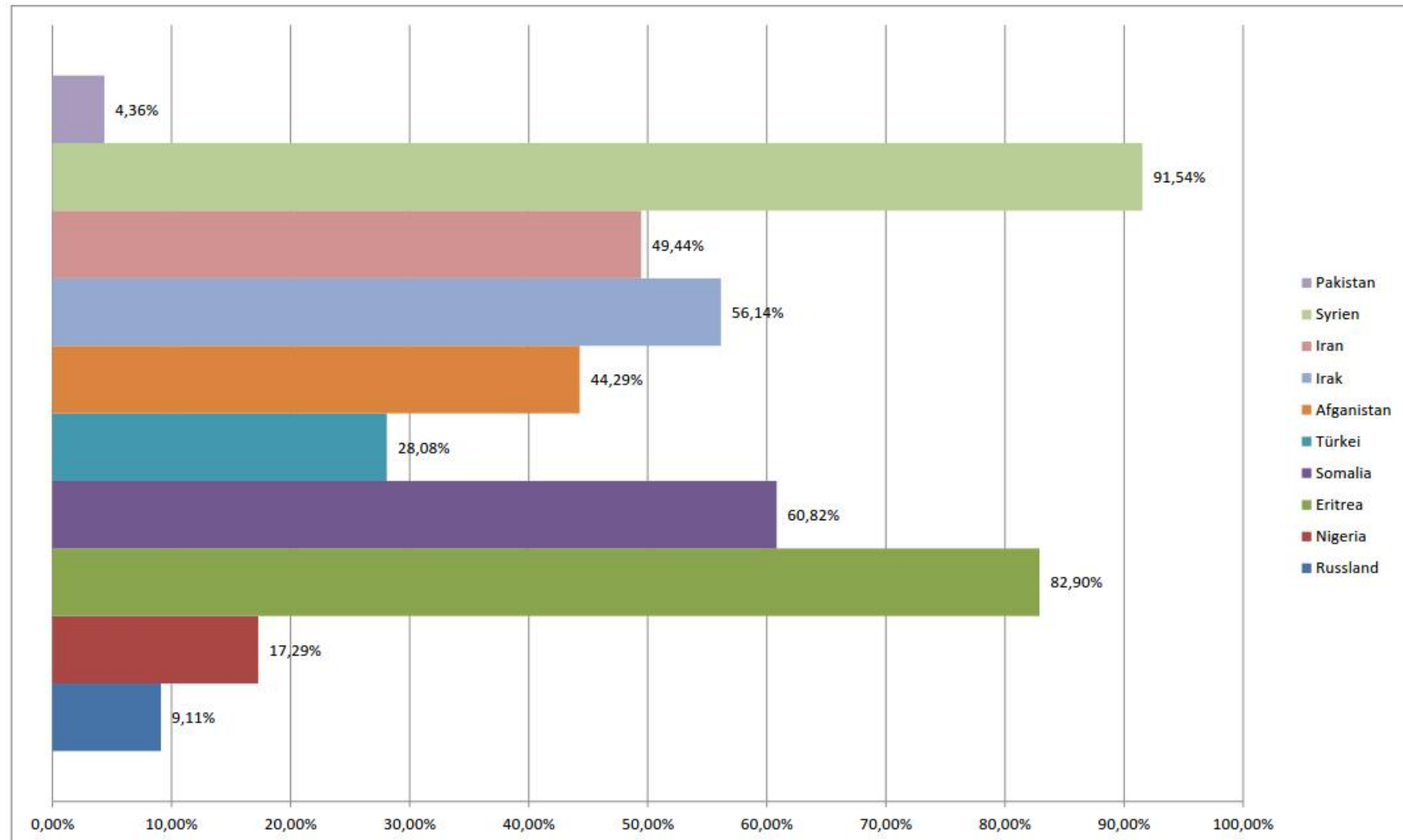


Quelle: Wikipedia (16.02.2018)

Asylentscheidungen 2017



Gesamtschutzquoten 2017



Überblick über Aufenthaltsstatus

Personen mit Aufenthaltstitel

z. B.

Asylberechtigte,
anerkannte
Flüchtlinge,
subsidiär
Schutzberechtigte,
Personen mit
Abschiebeverbot

Asylbewerber mit Aufenthalts- gestattung (§ 55 AsylG)

Geduldete

(ausreisepflichtige
Personen, deren
Abschiebung nach
§ 60a AufenthG
derzeit ausgesetzt
ist)

Beschäftigung mit Aufenthaltstitel (1)

§ 4 Abs. 2 S. 1 - 3 AufenthG

(F. v. 12.05.2017, gültig ab: 01.08.2017)

Ein Aufenthaltstitel berechtigt zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit, sofern es nach diesem Gesetz bestimmt ist oder der Aufenthaltstitel die Ausübung der Erwerbstätigkeit ausdrücklich erlaubt.

Jeder Aufenthaltstitel muss erkennen lassen, ob die Ausübung einer Erwerbstätigkeit erlaubt ist.

Einem Ausländer, der keine Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Beschäftigung besitzt, kann die Ausübung einer Beschäftigung nur erlaubt werden, wenn die Bundesagentur für Arbeit zugestimmt hat oder durch Rechtsverordnung bestimmt ist, dass die Ausübung der Beschäftigung ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit zulässig ist.

Beschäftigung mit Aufenthaltstitel (2)

§ 4 Abs. 3 S. 1 + 2 AufenthG

(F. v. 12.05.2017, gültig ab: 01.08.2017)

Ausländer dürfen eine Erwerbstätigkeit nur ausüben, wenn der Aufenthaltstitel sie dazu berechtigt.

à „Erwerbstätigkeit gestattet“

(z. B. § 25 Abs. 1 u. 2 AufenthG)

Ausländer dürfen nur beschäftigt oder mit anderen entgeltlichen Dienst- oder Werkleistungen beauftragt werden, wenn sie einen solchen Aufenthaltstitel besitzen.

à „Beschäftigung gestattet“

(z. B. § 25 Abs. 3 AufenthG)

Beschäftigung mit Aufenthaltsgestattung

- n Aufenthaltsgestattung ist **kein** Aufenthaltstitel, somit ist § 4 AufenthG nicht anwendbar
- n absolutes Erwerbstätigkeitsverbot
 - n in den ersten 3 Monaten des gestatteten Aufenthalts
 - n für die Dauer der Pflicht, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen
 - n für Antragsteller aus sicheren Herkunftsstaaten mit Antrag nach 31.08.2015
- n Ausübung von Tätigkeiten nach § 30 BeschV möglich
- n Beschäftigungen im Rahmen des § 32 BeschV möglich
- n Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (vgl. § 32 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG)
- n Ermessensentscheidung der ABH

Beschäftigung mit Duldung

- n Duldung ist **kein** Aufenthaltstitel, somit ist § 4 AufenthG nicht anwendbar
- n absolutes Erwerbstätigkeitsverbot
- n Ausübung von Tätigkeiten nach § 30 BeschV möglich
- n Beschäftigungen im Rahmen des § 32 BeschV möglich
- n Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf ohne Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit (vgl. § 32 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG)
- n Ermessensentscheidung der ABH

Ermessenserwägungen der ABH

- n Identitätsklärung
- n Sprachkenntnisse
- n Art der Beschäftigung
- n Straftaten / Verstöße gegen Rechtsvorschriften

Aufenthaltsgestattung

- n Anerkennungs-
wahrscheinlichkeit
- n negative
Einzelentscheidung
- n Mitwirkung im
Asylverfahren

Duldung

- n Möglichkeit der
Abschiebung in
absehbarer Zeit
- n Aufenthaltsdauer im
Bundesgebiet

Ausbildungsduldung – Allgemeines

- n neu geschaffen mit „Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung“
- n grundlegende Änderungen mit „Integrationsgesetz“
- n größere Rechtssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe
- n Möglichkeit zur Legalisierung des Aufenthalts nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung
- n „systemwidrige Bleibeberechtigung“
- n erfolglos durchlaufenes Asylverfahren (nicht Antragsrücknahme!)

§ 60a Abs. 2 Satz 4 AufenthG

(Fassung vom 20.07.2017, gültig ab: 29.07.2017)

Eine Duldung wegen dringender persönlicher Gründe im Sinne von Satz 3 ist zu erteilen, wenn der Ausländer eine qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf in Deutschland aufnimmt oder aufgenommen hat, die Voraussetzungen nach Absatz 6 nicht vorliegen und konkrete Maßnahmen zur Aufenthaltsbeendigung nicht bevorstehen.

Ausbildungsduldung - Voraussetzungen (2)

bunterleben

- n qualifizierte Berufsausbildung in einem staatlich anerkannten oder vergleichbar geregelten Ausbildungsberuf (Regeldauer mind. 2 Jahre)
- n Eintrag in das Verzeichnis der zuständigen Stelle i. S. d. §§ 71, 72, 73 BBiG
- n zusätzliche Beschäftigungserlaubnis erforderlich
- n keine Verurteilung wegen einer in Deutschland vorsätzlich begangenen Straftat
- n keine konkreten Maßnahmen der Aufenthaltsbeendigung
- n kein Ausschlussgrund des § 60a Abs. 6 AufenthG

§ 60a Abs. 6 AufenthG (F. v. 20.07.2017, gültig ab: 29.07.2017)

Einem Ausländer, der eine Duldung besitzt, darf die Ausübung einer Erwerbstätigkeit nicht erlaubt werden, wenn

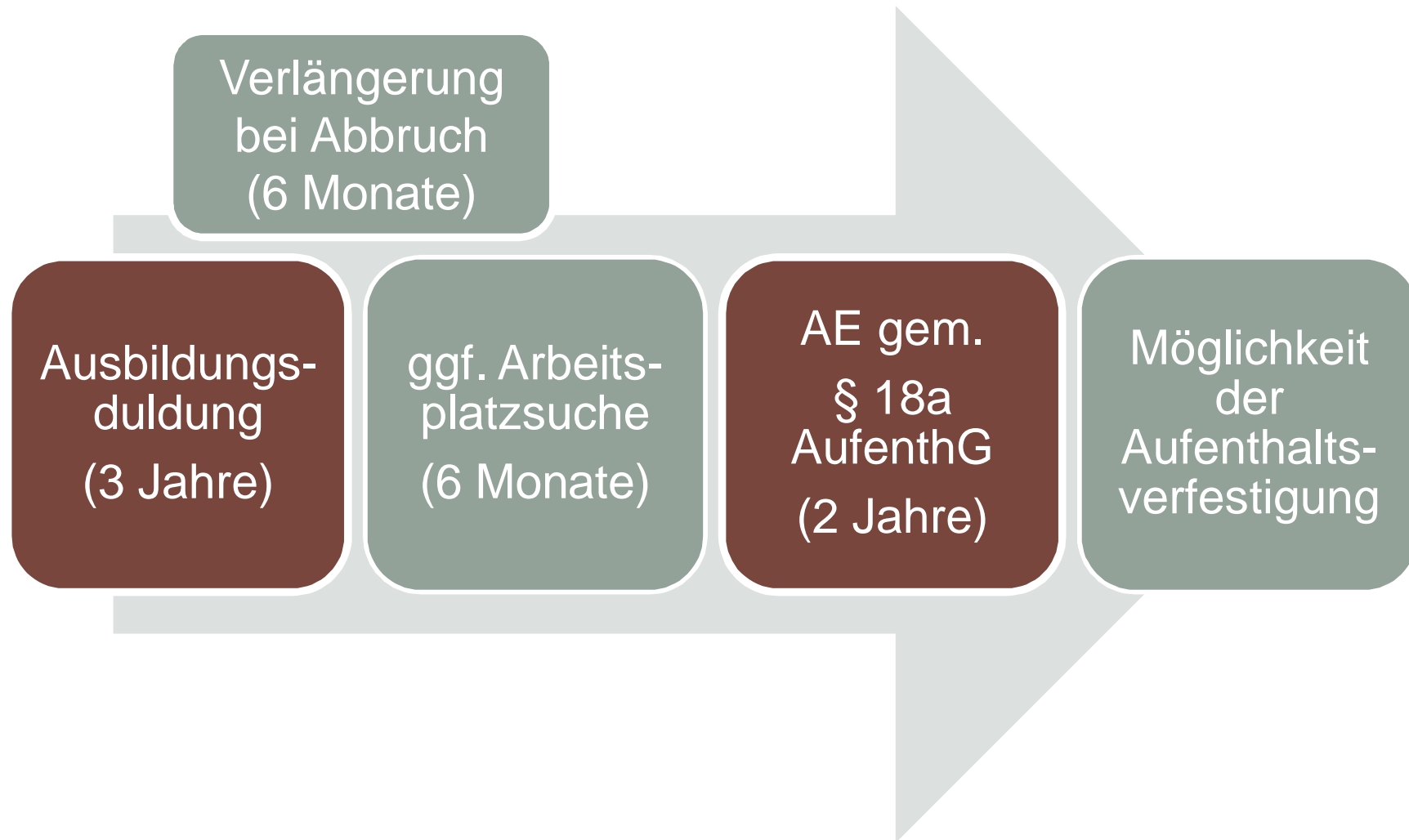
1. er sich in das Inland begeben hat, um Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu erlangen,
2. aufenthaltsbeendende Maßnahmen bei ihm aus Gründen, die er selbst zu vertreten hat, nicht vollzogen werden können oder
3. er Staatsangehöriger eines sicheren Herkunftsstaates nach § 29a des Asylgesetzes ist und sein nach dem 31. August 2015 gestellter Asylantrag abgelehnt wurde.

Zu vertreten hat ein Ausländer die Gründe nach Satz 1 Nummer 2 insbesondere, wenn er das Abschiebungshindernis durch eigene Täuschung über seine Identität oder Staatsangehörigkeit oder durch eigene falsche Angaben selbst herbeiführt.

Ausbildungsduldung - Voraussetzungen (4)

- n Erteilung für die Gesamtdauer der Ausbildung
- n keine Altersgrenze
- n keine Duldung zur erstmaligen Suche nach einer Ausbildungsstelle
- n gilt nur für die erstmalige Aufnahme einer qualifizierten Berufsausbildung
(OVG Rheinland-Pfalz Beschluss v. 31.07.2017, Az. 7 B 11276/17.OVG und OVG Mecklenburg-Vorpommern, Beschluss vom 30.08.2017, Az. 2 M 595/17)
- n im Rahmen des Ermessens nach § 4 Abs. 2 Satz 3 AufenthG kann ABH rechtsmissbräuchliche Umgehung der Einreisevorschriften berücksichtigen
(Hessischer VGH, Beschluss v. 21.04.2017, Az. 3 B 826/17)

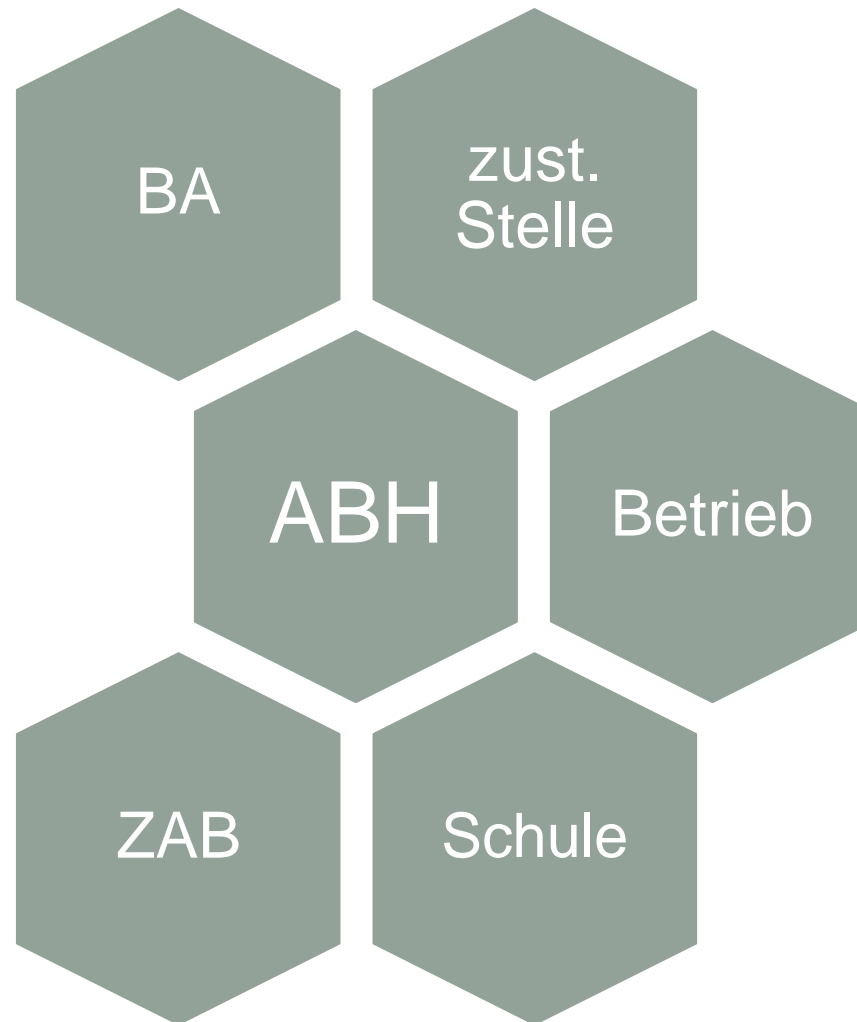
Ausbildungsduldung - „3+2-Regel“



§ 18a AufenthG - Voraussetzungen

- n abgeschlossene qualifizierte Berufsausbildung im Bundesgebiet mit Ausbildungsduldung
- n Beschäftigung entsprechend der Berufsqualifikation
- n ausreichenden Wohnraum (12 qm + Nutzung Nebenräume)
- n ausreichende Deutschkenntnisse (B1-Niveau)
- n kein vorsätzliches Täuschen über aufenthaltsrechtlich relevante Tatsachen
- n kein vorsätzliches Hinauszögern oder Behindern aufenthaltsbeendender Maßnahmen
- n kein Terrorismus- / Extremismusbezug
- n keine Verurteilung wegen vorsätzlicher Straftaten
- n Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit

Zuständigkeiten / Beteiligte



Fragen / Diskussionsrunde